

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXIV/201

Bonn, den 21. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Bundeskanzler Willy Brandt 57

Von Herbert Wehner

2 EUROPA 34

Zur Frage der Verlängerung der Übergangszeit der EWG

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Mitglied des Europäischen Parlaments

3 - 4 Kahn-Ackermann nimmt Abschied von 69

Europarats- und WEU-Versammlung

Scharfe Kritik an rückständiger Kulturpolitik in Europa

Von Egon C. Heinrich

SELBSTBESTEMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Ziel ist ein Europa ohne Grenzen  
Für eine Normalisierung des Verhältnisses zu Polen  
Wählerverhalten der Vertriebenen  
Rechte für Deutsche polnischer Staatsangehörigkeit  
Reisen nach Mitteldeutschland um ein Viertel abgenommen  
Gesamtdeutsches und europäisches Bewußtsein  
Recklinghausen als Pate vorbildlich  
Zwei Preisträger des Jaksch-Gedächtnispreises  
Böhmische Reise  
15 Millionen Lastenausgleichsmittel für Wohnungsbau

Bundeskanzler Willy Brandt

Von Herbert Wehner

Mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler hat ein neues Kapitel der Bundesrepublik Deutschland begonnen. Es wird ein Kapitel der Erneuerung sein.

Willy Brandt ist der richtige Mann dafür, diese schöne Aufgabe zu lösen. Die von ihm geführte Koalition der Sozialdemokraten und der Frei-Demokraten wird der demokratischen Entwicklung neue Impulse geben. Unter den ihr auferlegten Arbeitsbedingungen wird sie die demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik tiefer und fester in breitesten Volksschichten Wurzeln fassen lassen. Das Kräftemessen mit einer Opposition, deren Parteien CDU und CSU an Haupt und zahlreichen Gliedern selbstherrlich geworden waren, wird den demokratischen Blutkreislauf fördern und mitbürgerliche Aktivitäten in Stadt und Land entfalten helfen. Willy Brandt, der Mann der Entscheidung nach freier Diskussion, wird in dieser Periode sowohl im Amt als auch in der offenen Debatte der führende Kopf und das unermüdlich tätige Herz sein.

Die Partner der von Willy Brandt geführten Koalition sind aufeinander angewiesen. Das ist ein Vorteil und kein Nachteil. Sie haben einander zu respektieren und aufeinander zu hören. Sie müssen für schwierige Probleme Lösungen finden, die jeder der beiden Partner gutheißen und vertreten kann. Sie werden auch den Mut haben, offen zu sagen, was nicht geht. Damit werden sie mehr als jede bisherige Bundesregierung das Bewußtsein für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der deutschen Politik wecken und stärken. Die Bundesrepublik ist in Jahre nüchternen Ordners, Aufarbeitens und Orientierens eingetreten. Die Ernte dieser Jahre wird gut sein. An ihr werden mehr als lediglich die beteiligt sein, die das Feld bestellt haben. Grund, optimistisch zu sein, haben alle, die Demokratie in Deutschland nicht verwechseln mit dem Unersetzlichkeitsanspruch einer Führungsschicht.

Willy Brandt sieht sich als Bundeskanzler der Reform. Dieser Anspruch, den er an sich selbst und die von ihm geführte Bundesregierung stellt, wird viele Menschen ansprechen. Durch sachliche Leistung, persönliche Integrität und parlamentarische Aktivität wird diese

Koalition Vertrauen im Inneren und Sympathien auch auswärts erwerben. Die Welt wird sich zwar unserer wegen nicht verändern, aber wir werden manches wohlwollende Interesse erwecken und eines oder das andere in richtiger Richtung in Bewegung bringen helfen. Die von Willy Brandt geführte Koalition wird die moralische Kraft aufbringen, sich nicht aus dem Geleise werfen zu lassen durch rüde Anfälle, wie sie besonders in einem bayerischen Wochenblatt trainiert werden. Ebenso wenig durch die Tretminen, die jetzt schon auf wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischem Gebiet durch Fachleute im Gerüchtemachen und Gerüchtekommentieren gelegt werden. Das falsche Bild der Welt, mit der wir es zu tun haben, wird als Anachronismus erkannt werden. Dazu beitragen werden im Bundestag und in der breiten Öffentlichkeit viele Abgeordnete, denen es Freude machen wird, nicht Statist, sondern jemand zu sein, auf den es ankommt.

Zehn Jahre nach der Annahme des Godesberger Grundsatzprogrammes der SPD haben die Sozialdemokraten und ihre Freunde ein weites Feld vor sich, um den programmatischen Vorstellungen von der Durchsetzung der Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung im Rahmen unseres Grundgesetzes mit seinem Verfassungsbefehl "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat" Geltung und Entfaltungsmöglichkeit zu verschaffen. Die Sozialdemokratische Partei hat es schwer gehabt in der Opposition. Sie hat sich durchgesetzt gegen Vorurteile und Schlimmeres. Das Verhältnis, das sie zu Gesellschaft und Staat sich erarbeitet und erkämpft hat, verdient behauptet und ausgebaut zu werden. Das gilt nicht zuletzt für jahrzehntelang schmerzlich empfundene Verzerrungen im Verhältnis zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dabei ist es nicht um Taktik gegangen. Dieses Verhältnis ändert sich nicht mit Koalitionsänderungen. Es ist von uns grundsätzlich gemeint, geht es doch um etwas, das Staat und Kirchen in ihren jeweiligen Bereichen und entsprechend ihrem unterschiedlichen Auftrag dem Menschen und seiner Würde schuldig sind.

Willy Brandt hat als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seiner Partei die Fähigkeit und die Kraft gegeben, ihren Weg zu finden und zu bahnen. Er wird unserem Volk als Bundeskanzler Vorbildlich ehrlich dienen.

EUROPA

Zur Frage der Verlängerung der Übergangszeit der EWG

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Kann ein Fußkranker dadurch geheilt werden, daß wir ihn zwingen, über eine hohe Mauer zu springen? Diejenigen, die fordern, daß die Übergangszeit der EWG am 31.12. dieses Jahres abläuft, scheinen dieser Meinung zu sein. Die EWG-Kommission will den Ministerrat zwingen, die Agrarpolitik und ihre Finanzierung, die Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik, die gemeinsame Handelspolitik, die volle Freizügigkeit von Menschen und Kapital wie die Niederlassungsfreiheit bis zum Ende dieses Jahres zu modellieren.

Sie macht sich damit einer dreifachen "Sünde" schuldig:

- 1) Sie deckt den Mantel politischer Verschleierung über den Zustand der EWG.
- 2) Sie macht eine vernünftige Lösung der vielfältigen Sachfragen sehr schwierig.
- 3) Sie liefert dem Ministerrat wegen des Termindrucks einen Vorwand, faule Kompromisse zu beschließen.

Dagegen spricht eigentlich für die Haltung der EWG-Kommission nur das Argument, der Ministerrat werde, wenn er mehrheitlich keine echten europäischen Lösungen wolle, auch ein Jahr später keine Beschlüsse fällen. Umso wichtiger wäre es dann aber, dem Ministerrat jede Möglichkeit zu nehmen, andere Ausreden zu finden.

Es wird von den Befürwortern des Ablaufs der Übergangszeit schließlich ins Feld geführt, wenn die Übergangsfrist ablaufe, würden automatisch eine Reihe von Bestimmungen des Vertrages inkraft treten und damit einen Integrationsfortschritt bringen. Tatsache ist aber doch, daß die allgemeinen Forderungen des EWG-Vertrages überhaupt keinen Ansatz dafür bieten, die Integration voranzubringen. So fordern sie das volle Niederlassungsrecht, sagen aber nichts darüber aus, wie Diplome anerkannt werden sollen.

Eins muß auf jeden Fall aus der Diskussion um diese Frage verdrängt werden: Die Etikettierung derer als "Anti-Europäer", die aus echter Sorge um Europas Zukunft anderer Meinung sind als die EWG-Kommission. Schließlich sieht der EWG-Vertrag ausdrücklich die Möglichkeit vor, die Übergangszeit zu verlängern. Wir wollen eine echte Wirtschaftsunion, keine Freihandelszone mit Agrarpräferenzen.

## Kahn-Ackermann nimmt Abschied von Europarats- und WEU-Versammlung

Scharfe Kritik an rückständiger Kulturpolitik in Europa

Von Egon C. Heinrich

Das gute Abschneiden der SPD bei den Bundestagswahlen am 28. September hat dazu geführt, daß die SPD-Bundestagsfraktion und damit die SPD-Delegationen in Europarat und WEU-Versammlungen zunächst auf einen ihrer profiliertesten und aktivsten Europa-Politiker verzichten müssen. Der SPD-Abgeordnete Georg Kahn-Ackermann rückte am 28. September nicht mehr über die bayerische Landesliste in den Deutschen Bundestag ein, weil die bayerische SPD diesmal mehr Direktmandate als 1965 gewinnen konnte. Da Kahn-Ackermann jedoch an erster Stelle der nachzurückenden Abgeordneten steht, ist die Aussicht sehr groß, daß er im Laufe der jetzt beginnenden Legislaturperiode des Bundestages wieder in den Bundestag einrücken wird. Für die SPD-Gruppen in der Beratenden Versammlung des Europarats und in der WEU-Versammlung bedeutet sein Ausscheiden in jedem Falle zunächst einen großen Verlust.

Kahn-Ackermann war seit mehreren Jahren Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Erziehung der Beratenden Versammlung des Europarats sowie Vizepräsident der Versammlung der Westeuropäischen Union in Paris. Er ist ohne Zweifel in diesen beiden parlamentarischen Gremien einer der Abgeordneten mit der größten europäischen parlamentarischen Erfahrung. In der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn war Kahn-Ackermann der Sprecher für die auswärtige Kulturpolitik und die Entwicklungshilfe. Er leitete seit Bildung der Großen Koalition die Arbeitsgruppe für Entwicklungshilfe der SPD-Fraktion.

Die große Wertschätzung, deren sich Kahn-Ackermann in den beiden Europäischen Versammlungen erfreut, kam in der Plenarsitzung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 1. Oktober sehr deutlich zum Ausdruck. Zur Eröffnung einer mehrstündigen Debatte über die Kultur, die Erziehung und die Jugend in Europa unterbreitete Kahn-Ackermann den Parlamentariern aus den 17 europäischen Staaten einen Bericht über "20 Jahre kulturelle Zusammenarbeit in Europa". In seiner Einführungsrede stellte er deutlich heraus, wo die europäische Bildungs-, Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik im Argen liegt. Er bezeichnete die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa und die Förderung von Bildung und Erziehung als die wichtigsten und vornehmsten Aufgaben des Europarats und seiner Beratenden Versammlung. Zur Schaffung einer

mündigen demokratischen Gesellschaft müßten unsere Mitbürger zu ständigen aktiven Mitschöpfern von Kultur und Zivilisation erzogen werden. Die industrielle Gesellschaft zwingt alle Staaten zu einer völlig neuen und andersartigen Kultur- und Bildungspolitik. Wenn die gegenwärtigen Bildungsmodelle aus dem Jahre 1900 nicht durch Modelle ersetzt würden, die auf Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts ausgerichtet sind, bedeutet das das Ende der demokratischen Vorstellung vom Verhältnis zwischen Bürger und Staat. In diesem Zusammenhang verurteilte Kahn-Ackermann sehr scharf das diktatorische Regime in Griechenland, das kulturpolitisch einen Rückfall in den finstersten Nationalismus des 19. Jahrhunderts bedeute, weil Freiheit der Lehre und Meinungsäußerung brutal unterdrückt würden.

Im Vordergrund der Bemühungen des Europarats stehe eine neue Schule für die Gesellschaft des Jahres 2000. Zur Zeit würde die naturwissenschaftliche und technische Ausbildung geradezu sträflich zugunsten eines Bildungsideals vernachlässigt, das der Welt von gestern entspreche. Die nationalen Bildungsstrukturen seien immer noch so verhärtet, daß man von einer eigentlichen Durchlässigkeit noch nicht sprechen könne. Der Redner erinnerte in diesem Zusammenhang an die Schwierigkeiten der Anerkennung von Abschlußzeugnissen, Prüfungen, Diplomen, Hochschulnoten usw. Die Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Grundschule sei die Voraussetzung für die wirkliche Mobilität einer Gesellschaft von morgen. Leider hätten die Erziehungsminister des Europarats darüber noch immer nicht entschieden.

Zu Beginn der Kulturdebatte hatte der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, der schweizer Professor Reverdin, das Bedauern des Europarats darüber zum Ausdruck gebracht, daß Kahn-Ackermann zuhöchst der Versammlung nicht mehr angehören könne. Die Versammlung hoffe, daß es sich bei dem Ausscheiden Kahn-Ackermanns nur um eine kurze Periode handelt. Der Präsident bestätigte auch noch, in welcher hervorragender Weise Kahn-Ackermann der Ausschuss für Kultur und Erziehung geleitet habe. Er hinterlasse seinem Nachfolger eine schöne und leichte Aufgabe. Auch der französische Erziehungsminister Edgar Faure sprach Kahn-Ackermann als Präsident der Europäischen Erziehungsminister-Konferenz seinen Dank aus. Faure erklärte, daß er bei der jüngsten Erziehungsminister-Konferenz eine weitgehende Übereinstimmung seiner Gedanken und Sorgen auf dem Bildungssektor in Europa mit den Vorstellungen Kahn-Ackermanns feststellen konnte. Dies bereite ihm eine große Befriedigung.